

Haushaltsrede 2014

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

man ist schon erstaunt, wenn man in der Berichterstattung über den Kreishaushalt in der Überschrift lesen kann, dass dort ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet wurde und einige Zeilen weiter aber darüber aufgeklärt wird, dass im Ergebnishaushalt ein Loch von 2 Millionen € klafft. Nach den auch für den Kreis geltenden Bestimmungen ist ein solcher Haushalt nicht ausgeglichen. Hier wird den Leserinnen und Lesern Sand in die Augen gestreut. Man könnte darüber schmunzeln, wenn nicht der Kreis auch als Aufsichtsbehörde für unsere Haushalte agieren würde.

Im Gegensatz zum Kreis ist unser Haushalt erstmalig seit Einführung der Doppik ausgeglichen. Auch im Ergebnishaushalt, der in den vergangenen Jahren immer Probleme bereitet hatte und dessen Ausgleich wir unter normalen Bedingungen auf längere Sicht nicht für möglich gehalten haben. Aber auch wir sollten uns und den Grafschafter Bürgerinnen und Bürgern keinen Sand in die Augen streuen.

Dieser Haushalt ist außergewöhnlich im wahrsten Sinn des Wortes. Dies zeigt schon das Volumen, welches 18 Prozent über dem letztjährigen Entwurf liegt. Schon bei einer Steigerung von 3 Prozent sollte man normalerweise aufmerksam werden und näher hinschauen.

Auch ein Investitionsvolumen von über 13 Millionen Euro gegenüber 4 Millionen im letzten Jahr ist für die Einmaligkeit eindeutiges Indiz. Dass wir diese gewaltigen Investitionen mit „nur“ 2 Millionen Kreditaufnahme stemmen können, dass im Ergebnishaushalt ein Plus von 2 Millionen € steht und die Freie Finanzspitze gar 2,8 Millionen € beträgt, müsste einem Grafschafter Kommunalpolitiker eigentlich die Freudentränen in die Augen treiben. Sollte es aber nicht.

Nüchtern betrachtet leben wir von einem einmaligen Betrag Millionenbetrag, den uns die Haribo-Ansiedlung im kommenden Jahr in die Kassen spült. Auch wenn wir die namhaften Ausgaben für die Infrastruktur, Ausgleichsflächen und so weiter dagegen rechnen, bleibt noch etwas übrig. Dieser Coup, für dessen Gelingen man vielen danken muss, war aber auch dringend notwendig. Ansonsten hätten wir in diesem Jahr vor großen Problemen gestanden.

Es war und bleibt ein Fehler, dass wir nicht 2011, spätestens aber 2012 mit dem einvernehmlichen Beschluss unseres Konsolidierungskonzeptes gleichzeitig mit den Steuern für die Bürgerinnen und Bürger auch den Gewerbesteuerhebesatz auf Nivellierungsniveau angehoben haben. Das hat uns bisher ca. 1 Million € gekostet. Nun werden die Nivellierungssätze auf Landesebene wieder angepasst. Und wieder werden wir nicht nachziehen können. Wir haben im letzten Jahr prophezeit, dass es so kommen wird. Dass wir in eine selbstgebaute Falle tappen, wenn wir versäumen, rechtzeitig den Gewerbesteuerhebesatz anzupassen. Nun ist es eingetreten. Wir stecken in der selbstkonstruierten Falle.

Es wäre auch aus unserer Sicht nun ein Unding und unredlich, jetzt, wo uns Haribo zugesagt hat, den Gewerbesteuerhebesatz anzuheben. Jetzt müssen wir mit der damaligen Fehlentscheidung leben und verlässlich stehen.

Für die SPD kann ich sagen, dass wir nicht vorhaben, bis 2017 den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen. Dies bedeutet Planungssicherheit für Haribo, kommt unseren ansässigen Firmen zu Gute und lockt ansiedlungswillige Firmen geradezu mit „Dumpingkonditionen“, die zu unseren anderen Standortvorteilen hinzukommen. Mit uns wird es bis dahin aber auch keine Erhöhung der kommunalen Steuern für die Bürgerinnen und Bürger geben. Das sagen wir im gleichen Atemzug.

Dies bedeutet aber auch, dass wir durch die Nichtanpassung an die Nivellierungssätze jetzt die doppelt Dummen sein werden. Zum einen haben wir weniger direkte Einnahmen, zum anderen werden wir bei den Zuweisungen und Umlageabgaben so behandelt, als hätten wir angepasst. Das kostet uns bis 2017 mindestens 4,5 Millionen Euro. Damit müssen wir nun leben und hoffen, dass die wirtschaftliche Entwicklung und kommende Gewerbeansiedlungen uns weiter steigende Steuereinnahmen bescheren. Zudem müssen wir hoffen, dass der Kreis, als Nutznießer der Reform des kommunalen Finanzausgleichs, seine Zurückhaltung bei der Erhöhung der Kreisumlage weiter beibehält, auch dann, wenn keine Kommunalwahlen anstehen. Und nicht zuletzt hegen wir auch die begründete Zuversicht, dass die Steuerzahlungen von Haribo uns mittel- und langfristig helfen werden, unsere strukturellen Defizite auf der Einnahmenseite auszugleichen.

Darauf müssen wir setzen, da die Daten zeigen, dass ab dem kommenden Jahr keine freie Finanzspitze mehr haben werden. Dass wir möglicherweise erstmalig am Ende der nächsten 2 Jahre in der Situation stehen, dass wir Liquiditätskredite aufnehmen mussten. Etwas, was wir bisher nicht nötig hatten und darauf zu Recht stolz sind.

Auch die zusätzlichen Personalstellen belasten uns mit 500 T €. In der Sache sprechen wir die Notwendigkeit angesichts der anstehenden Aufgaben im Großen und Ganzen nicht ab. Wir wissen aber, dass vorgesehene Befristungen gerne zu Dauerstellen werden. Anführbare Gründe wird es immer geben. Dadurch dass wir als SPD bei einigen Positionen Sperrvermerke durchgesetzt haben, hoffen wir, die immer weiter ansteigenden Personalkosten doch dämpfend beeinflussen zu können.

Im letzten Jahr habe ich davon gesprochen, dass Mehreinnahmen dringend notwendig sind, weil teure Projekte absehbar kommen werden und Unvorhergesehenes nicht auszuschließen ist. Genau das ist nun eingetreten.

Die Kosten der Haribo- Ansiedlung refinanzieren sich. Nicht aber die unvorhergesehene Übernahme der zwei kirchlichen Kindergärten in Lantershofen und Gelsdorf. Hierfür und für die notwendige Sanierung und Erweiterung werden wir 4 Millionen € investieren. Folgekosten kommen oben drauf. Das müssen wir tun und dazu stehen wir auch. Auch wenn die kirchlichen Träger uns erst in diese Situation gebracht haben, sind letztendlich wir zum Schluss in der Verantwortung.

Aus Sicht der SPD ist es selbstverständlich, mit der Bauträgerschaft auch zeitgleich die Betriebsträgerschaft zu übernehmen. Hier sind wir nicht kompromissbereit. Den kirchlichen Trägern haben wir ein faires Angebot vorgelegt. Im Interesse der Kinder und Eltern hoffen wir, dass diese nicht pokern und möglichst bald der Übergang von statten geht.

Die SPD steht hinter der Übernahme des Gaststättenteils am Winzersaal in Lantershofen. Nur so ist auch hier ein voll funktionsfähiges Bürgerhaus machbar. Dies zu einem Preis, der hinter vergleichbaren Investitionen in Bürgerhäuser in anderen Grafschafter Ortsteilen zurück bleibt. Wer will ernsthaft bestreiten, dass gerade ein so großer und aktiver Ort wie Lantershofen, mit mehr Vereinsmitgliedern als Einwohnern und vielen geselligen und kulturellen Veranstaltungen, nicht ein solches Objekt braucht. Fast böseartig muten hier Stellungnahmen in der Presse an, die mit teils falschen und teils lückenhaften Aussagen das Projekt als schlecht, überflüssig und nicht finanzierbar diskreditieren. Die SPD steht auch in Zukunft für Bürgerhäuser. Da, wo nachgewiesener langfristiger Bedarf da ist und eine Finanzierung sich darstellt. Bürgerhäuser sind aus unserer Sicht mehr als betriebswirtschaftlich belastende Objekte. Für uns gehören sie zur notwendigen Infrastruktur. Ohne sie leben unsere Dörfer nicht.

Zu den Investitionen in die Verbesserung der Lebensqualität in unseren Orten und damit auch in der Zukunftsfähigkeit gehört ebenso das von der SPD initiierte Angebot eines Jugendtaxi. Der Erfolg gibt uns Recht. Wir sind überzeugt, dass auch die sicher nicht einfache Einrichtung eines Seniorentaxi ein erfolgreicher weiterer Schritt in die Verbesserung unserer dörflichen Infrastruktur sein wird. Wir stellen uns damit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Daher begrüßen wir sehr, dass für die Erstellung eines Seniorenkonzeptes Geld in den Haushalt aufgenommen wird. Wir haben frühzeitig auf ein solches Konzept gedrängt und immer betont, dass daran kein Weg vorbei führt.

Ein ebensolcher Schritt zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben ist die Beauftragung eines Klimaschutzkonzeptes. Von den Grünen und der SPD gleichermaßen auf den Weg gebracht, sind wir froh, dass die anfänglichen Widerstände seitens der CDU wohl aufgegeben worden sind. Das freut uns, da nach der besprochenen Konzeption vor allem die Privathaushalte in der Grafschaft profitieren werden.

Der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens in Nierendorf geht nun endgültig in die Umsetzung. Es ist das letzte Glied der Beckenkette, die wir gemeinsam mit der Kreisstadt errichtet haben. Klingen die Investitionssummen auf den ersten Blick auch gewaltig, ist die Finanzierung aber Dank der 80 prozentigen Förderung seitens des Landes schulterbar. Die Renaturierungsmaßnahmen entlang des Nierendorfer Baches werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Ort künftig von schweren Überschwemmungen verschont bleiben sollte. Auch in anderen Dörfern besteht Handlungsbedarf. Zurzeit können wir aber nicht mehr als Planungsansätze finanzieren.

Wir begrüßen, dass im Rahmen der Renaturierung auch der Radwegebau vom Deutschen Eck nach Nierendorf in Angriff genommen wird. Zugleich mahnen wir aber auch an, endlich die auf Initiative der SPD eingestellten Gelder für den allgemeinen Radwegebau in der Grafschaft zu nutzen.

Die im Haushalt vorgesehenen Gelder für vor allem verwaltungsrechtliche Beratung werden wir brauchen. Die Verhinderung einer Mülldeponie in der Leimersdorfer Tongrube als auch die Abwendung der geplanten industriellen Güllegrube zwischen Gelsdorf und Vettelhoven wird externen Sachverstand benötigen. Die SPD hat sich eindeutig gegen beide Projekte positioniert. Wir würden begrüßen, wenn der gesamte Rat folgen würde.

Nicht im Haushalt eingestellt sind die Kosten von 900 T€ für die geplante Hackschnitzelheizung mit Nahwärmeversorgung der gemeindlichen Einrichtungen in Ringen. Das bedeutet nicht, dass wir die Idee verworfen haben. Es macht aber Sinn, dieses und mögliche andere Vorhaben in ein „Energiewerk“ Grafschaft auszulagern. Hier könnten auch die Aktivitäten der Übernahme der Stromnetze eine Heimat finden.

Auch nicht im Haushalt eingestellt sind Gelder für die großräumige und radikale Fällung von gesunden Straßenbäumen. Beispielrechnungen haben gezeigt, dass hier in wenigen Straßenzügen Kosten von mehreren Hunderttausend Euro auf die Gemeinde zukommen würden. Wir warnen eindringlich davor, zum Beispiel in Nierendorf, einen Präzedenzfall zu schaffen, der als schlechtes Vorbild von anderen Orten aufgegriffen werden könnte. Dies wäre katastrophal, nicht nur, aber auch aus finanziellen Gesichtspunkten. Dies würde zu nicht mehr darstellbaren und verantwortbaren haushaltsmäßigen Auswirkungen führen.

Man könnte die Reihe von Aufgaben und Projekten fortsetzen, die heute noch nicht gravierende haushaltsmäßige Auswirkungen haben, aber zukünftig zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich bringen könnten: FOC, Stromwerke, zusätzliches Bauland im Rahmen der Haribo-Ansiedlung und so weiter und so weiter.

Entscheidend ist: Wir dürfen angesichts der Haribo-Ansiedlung nicht in grenzenlose Euphorie ausbrechen. Wir werden nicht von heute auf morgen reich werden. Es ist angemessen, dass in der Haushaltsplanung erst ab dem Jahr 2016 Gewerbesteuer-einnahmen von Haribo im wohl dosierten, konservativ kalkulierten Umfang eingerechnet sind. Im nächsten Jahr wird gesät, was uns mittel- und langfristig Ernte einbringen wird. Und diese Ernte werden wir auch benötigen, um den am Ende des nächsten Jahres auf 20 Millionen Euro angewachsenen Schuldenberg abtragen zu können.

Wir haben von der SPD bewusst nur zwei Anträge eingebracht, die zusätzliche Ausgaben beinhalten. Diese insgesamt 6.000 Euro zur Verbesserung der Betreuung unsere Kindergarten- und Schulinder halten wir für notwendig. Die dahinter stehenden Vorschläge sind, im Gegensatz zu anderen heute gehörten, mit überschaubarem Aufwand umsetzbar und bergen keine unkalkulierbaren Kostenrisiken.

Auch wenn Haribo kommt und im kommenden Mai Kommunalwahlen anstehen, ist dies für uns kein Anlass, im Wunschkatalog zu blättern und Geschenke zu verteilen. Wir fühlen uns immer noch dem gemeinsam vereinbarten Konsolidierungskurs verpflichtet. Daher gefällt uns Einiges nicht, was im letzten Moment noch in die Haushaltsberatungen eingebracht worden ist. Im Gewand von Vorschlägen mit scheinbar kleinen Ansätzen, die aber bei der Umsetzung Kosten im sechsstelligen Bereich produzieren können.

Wären in der Vergangenheit nicht einige falsche Entscheidungen getroffen worden, ständen wir jetzt finanziell bedeutend besser da und könnten noch beruhigter der Zukunft entgegen sehen.

Einer Zukunft, die uns weiterhin vor die schwierige Aufgabe stellen wird, einen verantwortbaren und finanzierbaren Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Machbarem zu finden. Im Großen, aber auch im Detail.

Wir stehen vor der Herausforderung, unsere ländlich strukturierte Grafschaft so zu gestalten und weiter zu entwickeln, dass sie zukunftsfähig bleibt.

Dies hat in der Vergangenheit eine Menge harte Arbeit mit sich gebracht, oft mutige und manchmal unverstandene Entscheidungen verlangt. Ich glaube, Rat, Bürgermeister und Verwaltung haben nie gezögert, mit harter Arbeit die gemeinsamen Ziele konsequent weiter zu verfolgen, auch wenn Außenstehende uns manchmal belächelt haben. Dafür allen vielen Dank!

Wir beschließen heute auch die Basis, auf der der neue Gemeinderat arbeiten wird. Wir sind optimistisch, dass wir eine vernünftige Grundlage übergeben, mit der die anstehenden Probleme und Herausforderungen zu meistern sind und eine ordentliche Perspektive für die Grafschaft, auch für die nachwachsende Generation, eröffnet wird. Die Sozialdemokraten werden verantwortlich, auch kritisch, aber immer konstruktiv das Ihrige dazutun.

Die SPD wird dem Haushalt zustimmen.